

Presseinformation

Kiel, den 28.2.2008

Es gilt das gesprochene Wort

SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 144 08 305

E-mail: landtag@ssw.de

Anke Spoorendonk

TOP 18

Neue Perspektiven der beruflichen Bildung

Drs. 16/1869

Rechtzeitig zum Jahr der Beruflichen Bildung bringen Bündnis90/Die Grünen einen Antrag zur Weiterentwicklung der Beruflichen Bildung in Schleswig-Holstein ein. Das findet unsere Unterstützung, weil der Landtag dadurch gezwungen wird, zu diesem Zukunftsthema Stellung zu beziehen und dieses nicht allein der Landesregierung zu überlassen. Grundsätzlich gilt, dass damit auch ein zentrales Thema unserer Arbeitsmarktpolitik aufgegriffen wird. Denn ein ausgesprochen rohstoffarmes Land wie Schleswig-Holstein kann dauerhaft nur durch das Know-how der Menschen, die hier arbeiten, international wettbewerbsfähig bleiben. Investitionen in Ausbildung und Weiterbildung dienen also auch dazu Schleswig-Holstein zukunftsfähig zu machen.

Der Landtag hat sich bereits mehrfach mit der Beruflichen Bildung in Schleswig-Holstein beschäftigt und in unterschiedlichen Konstellationen immer wieder Änderungen eingefordert. Die nach wie vor enorme Nachfrage nach deutschen Fachleuten in Dänemark und Norwegen zeigt zwar indirekt das immer noch gute Niveau der deutschen Berufsausbildung. Aber das bedeutet aber nicht, dass wir uns auf unseren Lorbeeren ausruhen dürfen.

Der SSW begrüßt den Ansatz des vorliegenden Antrages, dass es nämlich darauf ankommen muss, „ein in sich geschlossenes, einfaches und transparentes Ausbildungssystem zu konzipieren, mit dem Ziel, dass alle Jugendlichen einen Bildungs- oder Berufsabschluss erreichen“. Ich hebe dies ausdrücklich hervor, weil es im Einzelnen schon Punkte in Antrag der Grünen gibt, die der SSW etwas anders sieht. Und in Klammern möchte ich denn auch noch mit einem Stoßseufzer anmerken, dass bei der Begründung des Antrages weniger wirklich mehr gewesen wäre.

In einer Pressemitteilung anlässlich des Jahres der Beruflichen Bildung führt die Bildungsministerin an, dass heute 23% der Abiturienten den Umweg über das Berufliche Gymnasium machen, um die allgemeine Hochschulreife zu erlangen; 89% beträgt der Anteil bei der Fachhochschulreife, die über die Fachoberschulen und Berufsfachschulen erlangt werden.

Aus Sicht des SSW sollten die Beruflichen Schulen aber in erster Linie für die traditionelle berufliche Ausbildung zuständig sein, und in diesem Bereich gibt es genug zu tun. Hinzu kommt, dass die Umwandlung der Berufsschulen in Regionale Berufsbildungszentren gerade dazu dienen sollte, dass die Schulen flexibler – und schneller- auf die Anforderungen des Arbeitsmarktes reagieren können. Da kann sich der genannte schulische Vollzeitbetrieb leicht als Hemmschuh heraus stellen.

Jugendliche Hartz IV-Empfänger ohne Qualifizierungschance oder Ausbildungsplatz befinden sich aber tatsächlich in einer Warteschleife. Eine Schleife, die ohne Beschäftigung oder Qualifikation zu einer Abwärtsschraube wird, aus der sich die jungen Menschen nicht mit eigener Kraft befreien können. Gerade aus diesem Grund sollten die Sozialzentren die Eingliederung von jungen Erwachsenen schwerpunktmäßig betreiben. Dass das nicht in allen Fällen so gehandhabt wird, ist eine der viele Probleme, die der Arbeitsmarktpolitik aufbürdet wird.

Es gibt positive Beispiele in unserem Land, die gerade dieses Klientel unterstützen wollen und bewiesen haben, dass ihnen das auch gelingt. Ein Schulabbrecher, der mit viel Glück eine Lehrstelle ergattert, wird aber spätestens nach dem ersten Halbjahreszeugnis der Berufsschule erkennen, dass er die Ausbildung ohne Hilfe nicht abschließen wird. Darum ist eine gute Vorbereitung und Begleitung auch im dualen System zentral. Es ist ein Irrglaube, dass das duale System alle Probleme bewältigen kann. Die hohe Zahl der Ausbildungsabbrecher zeigt doch, dass die betrieblichen Ausbilder nicht alle aufkommenden Probleme bewältigen können.

Der Abbruch einer Ausbildung hängt mit verkehrten Erwartungen beider Seiten zusammen, mit Unzufriedenheit über Ausbildungsinhalte und auch mit Problemen in der Berufsschule. Die Ausbildungsberater der Handwerkskammern können Problemlagen entschärfen, aber lösen können sie sie nicht. Nicht alle Jugendlichen, die sich qualifizieren wollen, schaffen das im dualen System.

Schleswig-Holstein steht im bundesweiten Vergleich mit seinen Schulabbrecherzahlen nicht gut da. Der Anteil der Schulabbrecher ist nach wie vor zu hoch. Diese jungen Männer und Frauen sind in der Regel bei einer qualifizierten Unterstützung durchaus in der Lage, einen Schulabschluss zu machen. Viele werfen aber vorzeitig die Flinte ins Korn, weil sie davon überzeugt sind, dass es auf dem Ausbildungsmarkt keinen Unterschied macht, ob man sich ohne Schulabschluss oder mit einem schlechten Schulabschluss bewirbt. Beide Male steht man ohne Job da. Dieser Personenkreis profitiert gar nicht vom dualen System, weil die Schwelle zur betrieblichen Ausbildung viel zu hoch ist. Viele Handwerksbetriebe laden Hauptschüler gar nicht mehr zum Vorstellungsgespräch ein, denn die Realschüler verdrängen diese Bewerber fast vollständig. Es ist eine Tatsache, dass das duale System vielen Hauptschülern verschlossen bleibt. Dass die Grünen mit ihrem Antrag auch dort den Hebel ansetzen, begrüßt der SSW.

In der Praxis haben sich abseits des dualen Systems daher gangbare Alternativen etabliert. Ich möchte hier die Produktionsschulen herausgreifen, die nach skandinavischem Vorbild junge

Menschen schulisch und handwerklich auf eine Ausbildung vorbereiten. Die guten Beispiele im Land, ob nun die Produktionsschule in Ostholstein oder die „NachSchule“ in Schleswig, sind aber zurzeit einsame Leuchttürme, die der Nachfrage nicht gerecht werden können.

Ich befürchte darüber hinaus, dass die Produktionsschule vielen Berufsberatern der Arbeitsagenturen völlig unbekannt ist. Unsere Forderung lautet daher: Der Besuch der Produktionsschule muss so normal werden, wie es die duale Ausbildung ist. Wir müssen mit anderen Worten endlich beginnen, die schulischen Vollzeitausbildungen, die Produktionsschulen und andere Alternativen als vollwertig einzustufen - und vollwertig, dauerhaft und nachhaltig zu finanzieren.

Berufliche Bildung geschieht in insgesamt 39 Schulen in Schleswig-Holstein. Die vielen anderen Initiativen sind aber eben nicht miteinander vernetzt - weder untereinander noch mit den Beruflichen Schulen. Konkret bedeutet dies, dass die Projektträger immer wieder zu neuen Projekten genötigt werden, weil es keine institutionelle Finanzierung gibt. Das ist kontraproduktiv und kostet der Gesellschaft letztlich viel zu viel Geld – noch mehr, wenn man bedenkt, was mit jungen Leuten geschieht, die immer nur als Verlierer dastehen.

Der SSW fordert ein klar gestuftes System mit Ausbildungsmodulen. In diesem Punkt stimmt der SSW dem Antrag zu. Wir stimmen ihm auch dahingehend zu, dass es angebracht ist, die Anwendung des Berufsbildungsgesetzes auszuweiten. – Was bekanntlich vor nicht so langer Zeit schon mal als Antrag der Grünen hier im Landtag debattiert wurde.

Mein Fazit lautet: die berufliche Bildung muss systematisiert werden. Dieses System muss allerdings allen offen stehen: dem motivierten Abiturienten, wenn er oder sie denn eine Ausbildung machen möchte, genauso wie dem Schulabbrecher. Davon sind wir leider noch immer weit entfernt, aber das Jahr der Beruflichen Schulen gibt uns die Chance gemeinsam darauf hinzuarbeiten.